



Politische Erwachsenenbildung

Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin

Klaus-Peter Hufer

Politische Erwachsenenbildung

Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin



© W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG
Bielefeld 2016

Gesamtherstellung:
W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
wbv.de

Umschlagfoto:
[depositphotos.de/ tai11](http://depositphotos.de/tai11)

Bestell.-Nr.: 6004482
ISBN 978-3-7639-5654-8 (Print)
ISBN 978-3-7639-5655-5 (E-Book)

Printed in Germany

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Insbesondere darf kein Teil dieses Werkes ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (unter Verwendung elektronischer Systeme oder als Ausdruck, Fotokopie oder unter Nutzung eines anderen Vervielfältigungsverfahrens) über den persönlichen Gebrauch hinaus verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Für alle in diesem Werk verwendeten Warennamen sowie Firmen- und Markenbezeichnungen können Schutzrechte bestehen, auch wenn diese nicht als solche gekennzeichnet sind. Deren Verwendung in diesem Werk berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese frei verfügbar seien.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort	5
1 Einleitung	7
2 Die zentralen Begriffe	9
2.1 Politik – mehrere Traditionen und Definitionen	9
2.2 Worum geht es bei „Bildung“?	13
2.3 Was ist politische Bildung?	20
3 Geschichte und Gegenwart	25
3.1 Die Anfänge	25
3.2 Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik	27
3.3 „Volksbildung“ im Nationalsozialismus	28
3.4 Politische Erwachsenenbildung seit 1945	30
4 Wegbereiter: Werke und Diskurslinien	37
4.1 Fritz Borinski	37
4.2 Paul Röhrig	39
4.3 Willy Strzelewicz	40
4.4 Hans Tietgens	42
4.5 Oskar Negt	43
5 Bezugswissenschaften	47
5.1 Theorie und Praxis – das „Kräftefeld“ politischer Erwachsenenbildung	47
5.2 Eine Vielzahl von Bezugswissenschaften	50
6 Rahmenbedingungen und Bildungspolitik	59
6.1 Pluralität und Struktur der Erwachsenenbildung	59
6.2 Erwachsenen- und Weiterbildungsgesetze	62
6.3 Bildungsurlaubsgesetze	64
7 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	67
7.1 Politische Erwachsenenbildung – eine Veranstaltung für eine Minderheit?	67
7.2 „Bildungsferne“ Adressatinnen und Adressaten	72

8	Das „Lernen“ und „Lehren“ in der politischen Bildung	77
8.1	Drei Stichworte von Bedeutung	77
8.2	Vier didaktische Prinzipien	83
8.3	Der Beutelsbacher Konsens	89
9	Pädagogisches Handeln	91
9.1	Veranstaltungen planen und durchführen	91
9.2	Methoden, Lernformen und Veranstaltungen	92
9.3	Teilnehmertypen und Gruppenprozesse	98
10	Qualität und Wirkung	101
10.1	Wann ist politische Bildung „gut“?	101
10.2	Legitimationsanforderungen und Legitimationsprobleme	104
10.3	Der Europäische und der Deutsche Qualifikationsrahmen und die politische Bildung	106
11	Politische Erwachsenenbildung als Profession	111
11.1	Erwachsenenbildung: ein heterogenes Berufsfeld	111
11.2	Welche Kompetenzen brauchen politische Erwachsenenbildner/-innen?	113
11.3	Politische Erwachsenenbildung – ein komplexer Beruf	118
12	Zum Schluss: ein Plädoyer für politische Bildung	121
13	Literatur	125
	Internetseiten	139
	Autor	139

Vorwort

Klaus-Peter Hufer ist ein engagierter Experte zur Theorie und Praxis der politischen Erwachsenenbildung. Seine Schwerpunkte sind darüber hinaus Philosophiegeschichte, Jugendbildung, Lerntheorien, Professionalisierung. Seine pädagogischen Zielsetzungen sind Aufklärung, Emanzipation, Mündigkeit, Demokratisierung. 1984 hat er seine Dissertation über die politische Bildung in Volkshochschulen publiziert. Seit 1976 war er Fachbereichsleiter in der Kreisvolkshochschule Viersen. 2001 hat er sich habilitiert, und seit 2011 ist er apl. Professor an der Universität Duisburg-Essen. Außerdem ist er in mehreren Vereinigungen zur politischen Bildung tätig.

Geschrieben hat er zahlreiche Aufsätze und Bücher. Sein Praxisbuch über „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ ist inzwischen als 8. Auflage erschienen. 2014 haben Tim Engartner und Jens Korfkamp eine Festschrift zu seinem 65. Geburtstag mit zahlreichen Beiträgen über „Traditionslinien und Spannungsfelder in der politischen Bildung“ herausgegeben. Oskar Negt beendet seine „persönliche Würdigung“ mit der Laudatio: „Du bist ein großer Aufklärer!“

Das aktuelle Buch ist ein umfassendes Handbuch, das wesentliche Theorie- und Praxisthemen zur politischen Erwachsenenbildung beinhaltet. Zu diesen Themen gehören historische Entwicklungen, wissenschaftliche Erkenntnisse, bildungsstatische Teilnehmerdaten, bildungspolitische und gesetzliche Positionen, pädagogische Empfehlungen zum außerschulischen Lehren und Lernen. Didaktische Prinzipien sind Teilnehmer- und Subjektorientierung, Lebenswelt- und Handlungsorientierung. Klaus-Peter Hufer plädiert dafür, die politische Erwachsenenbildung zu betonen. Die derzeitige Flüchtlingssituation und die globalen Klimakonferenzen sind politische und subjektorientierte Themen. Im Theoriekapitel kommentiert der Autor drei wesentliche Erkenntnistheorien, nämlich den Konstruktivismus, Vorurteile als wesentliche Herausforderungen für die politische Bildung und die Theorie einer „kognitiven Dissonanz“ von Leon Festinger. Vor einigen Jahren hat sich Klaus-Peter Hufer von meinen Überlegungen zur konstruktivistischen Weltanschauung distanziert, weil diese Sichtweise auf normative Perspektiven verzichtet. Inzwischen haben wir uns gegenseitig verständigt und für einen moderaten, demokratischen Konstruktivismus plädiert. Politik ist eine in vielen Lebenswelten verankerte Dimension. „Politik findet allenthalben statt“, schreibt Klaus-Peter Hufer. Das bedeutet, dass politische Bildung nicht nur ein Thema der Politikwissenschaft ist, sondern fast alle Sozial- und Geisteswissenschaften (übrigens auch die aktuelle Gehirnforschung)

sind relevant für Prozesse wie Mündigkeit, Emanzipation und Aufklärung. Vereinfacht gesagt: Politische Bildung gehört zur allgemeinen Menschenbildung. So gesehen kommentiert Klaus-Peter Hufer auch die aktuellen Kompetenzpostulate. Wie Klaus-Peter Hufer halte ich Demokratie für eine – in unserer Gesellschaft – vorrangige „normative Idee“: „Eng damit verbunden geht es um die kritische Bewertung der praktizierten gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die Partizipationschancen der Bürgerinnen und Bürger sowie die Formen und Wege, wie die Konflikte und unterschiedlichen Meinungen und Interessen ausgetragen werden“ (S. 20). Eine Demokratie in dieser Art begründet auch eine Pluralität, also eine Vielfalt von religiösen und ästhetischen Anschauungen, aber zugleich eine verbindliche „nachhaltige Entwicklung“, also einen Tier-, Natur-, Klimaschutz, eine Reduzierung von Müll, Plastik, CO₂-Emissionen, eine Vergeudung von Lebensmitteln ... Politische Bildung fördert die „Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Kulturen und Herkünfte“ (S. 114), problematisiert aber auch maßlose Herrschaften, Energieverbrauch, Rassismus und Kapitalismus.

„Politische Bildung“ klingt meistens ernsthaft, kritisch, belehrend. Politische Bildung kann aber auch humorvoll sein. Politisch engagierte Schriftsteller wie H. Heine, B. Brecht, M. Enzensberger haben amüsante, heitere Szenen beschrieben. So zitiert Klaus-Peter Hufer in seinem Buch „Erwachsenenbildung“ ein Kapitel aus B. Brechts „Flüchtlingsgesprächen“, in denen sich der Flüchtling Kalle an einen Volkshochschulkurs erinnert: „Ich bin auf die Volkshochschule gegangen. Ich habe geschwankt, was ich lernen soll: Walther von der Vogelweide oder Chemie oder die Pflanzenwelt der Steinzeit. Praktisch gesehen war's gleich, verwenden hätte ich keins können ... Ich habe Walther von der Vogelweide genommen, und am Anfang ist's auch gegangen, aber dann bin ich arbeitslos geworden, und da war ich abends zu müde und hab's aufgesteckt. Die Vorträge waren frei und haben nichts gekostet und nichts eingebracht, aber ein Reclam-Bändchen hat so viel gekostet wie ein Dutzend Zigaretten.“

Horst Siebert

1 Einleitung

Politische Bildung – hier ist ihre institutionalisierte Form gemeint – findet in drei Feldern statt: in den Schulen, dafür ist die Politikdidaktik zuständig, in der außerschulischen Jugendbildung und in der Erwachsenenbildung. Der letztgenannte Bereich ist das Thema dieses Buches. Das hat gute Gründe, denn einmal war gerade politische Bildung ein Ausgangspunkt der Erwachsenenbildung, und lange Zeit war sie deren vorrangiges Projekt. Heute, in einer Welt schneller Veränderungen und in einer Zeit, in der das „lebenslange Lernen“ propagiert und gefordert wird, ist es auch für Erwachsene notwendig, den „politischen Durchblick“ zu haben. Phänomene wie Globalisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, der Zuzug von Migrantinnen und Migranten, Klimawandel und andere mitsamt ihren Folgen betreffen jeden und jede. Und die immer wieder beschworene Bürger- und Zivilgesellschaft kann ohne politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger nicht realisiert werden.

Trotzdem ist es ruhig geworden um die politische Erwachsenenbildung. Bei der Durchsicht neuerer Veröffentlichungen und Diskussionen über Grundlagen, Ansprüche und Ziele der Erwachsenen-/Weiterbildung taucht politische Bildung allenfalls noch am Rande auf. Das war nicht immer so. Es gab hohe Konjunkturen für politische Bildung. Der Ausgangspunkt von Erwachsenenbildung überhaupt, die Aufklärung, war mit Zielvorstellungen verbunden, die man heute als politisch-emanzipatorische bezeichnen könnte. Doch seit einigen Jahren ist die Aufmerksamkeit sehr gemäßigt; vorbei sind die leidenschaftlichen Diskussionen, ob Erwachsenenbildung auf „Kompensation“ oder „Emanzipation“ zielen sollte. Das war ein Thema der 70er-Jahre (siehe von Cube 1974), wobei damals weitgehend Konsens war, dass Erwachsenenbildung der Demokratisierung der Gesellschaft dienen sollte. In einer „Viel-Fronten-Strategie der Demokratisierung“ (Vilmar 1973, S. 23) sollte Erwachsenenbildung eines der Subsysteme sein, von dem aus „autoritäre Herrschaftsstrukturen ... durch Formen der Herrschaftskontrolle von ‚unten‘ ersetzt werden sollten“ (ebd., S. 21). Heute reibt man sich indes die Augen bei der Vorstellung, gesellschaftliche Veränderungen, ja auch Revolution herbeizuführen sei ein Ziel der Erwachsenenbildung (vgl. Hufer 2010).

Stattdessen weht der Wind des „Zeitgeistes“ aus einer anderen, einer entgegengesetzten Richtung: Employability, Kompetenzen, Qualifizierung oder Selbststeuerung sind die aktuellen Stichworte, mit denen die Ziele von Weiterbildung beschrieben werden. Von den früheren politisch-pädagogischen Ideen wie Kritik- und Konfliktfä-

higkeit ist dagegen kaum noch die Rede. Immerhin sind diese Kategorien wieder thematisiert worden (vgl. DIE I/2015). Aber nach wie vor ist politische Bildung eine elementare und – allen Unkenrufen zum Trotz – vitale Sparte im System der Erwachsenenbildung. Sie orientiert sich an anderen als funktionalen oder ökonomischen Leitideen.

Jedoch ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit der politischen Erwachsenenbildung dürftig; eine breite monografische Darstellung gab es seit langer Zeit nicht. Es wurden in den letzten Jahren nur sehr wenige umfassende Publikationen vorgelegt, die sich ausschließlich mit ihr auseinandersetzten (z. B. Kaiser 1989, Hufer 1992, Allespach/Meyer/Wentzel 2009). In verbreiteten Handbüchern oder Nachschlagewerken der Erwachsenenbildung ist politische Bildung mitunter nur eine Marginalie. So widmet ein im Jahr 2010 erschienenes „Wörterbuch Erwachsenenbildung“ der politischen Bildung gerade einmal eine knappe Seite, die nicht von einem Erwachsenenbildner, sondern einem Politikdidaktiker verfasst wurde (Arnold/Nolda/Nuissl 2010, S. 240 f.). Auch in der allgemeinen Szene der politischen Bildung ist ihre in der Erwachsenenbildung tätige Variante nur eine Nebendarstellerin. Schaut man beispielsweise in ein neues „Handbuch Politische Bildung“, dann findet man unter den 60 Beiträgen nur zwei, die der Erwachsenenbildung gewidmet sind (vgl. Sander 2014). Einblicke in die lebendige Praxis des Faches bieten lediglich zwei trägerübergreifende Zeitschriften: „Journal für politische Bildung“ und „Außerschulische Bildung“, wobei diese noch das auch eher randständige Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung mitberücksichtigen.

Diese mangelnde Publizität wird der Realität politischer Erwachsenenbildung nicht gerecht. Denn – wie im Folgenden zu zeigen ist – hat sie nach wie vor eine beachtliche Resonanz bei ihren Adressatinnen und Adressaten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern und zudem eine höchst kreative Bildungspraxis aufzuweisen. Es ist eines der interessantesten Tätigkeitsfelder in der Erwachsenenbildung. So ist dieser vorliegende Text auch ein Plädoyer für eine wieder verstärkte Hinwendung zur politischen Erwachsenenbildung. Es ist eine alles andere als leichte Arbeit, die diejenigen, die hier tätig sind, übernommen haben, und viele Meriten sind zurzeit auch nicht zu gewinnen: „Für die Bevölkerung, ja selbst für viele Erwachsenenbildungs- und Politikdidaktikstudierende ist politische Erwachsenenbildung oftmals eine Terra incognita. Um einen Vergleich mit klassischen Professionen zu bemühen: Trotz berechtigter Kritik gelten Ärzte nicht weniger als ‚Götter in Weiß‘, Priester als moralische Instanzen, Richter als geachtete Respektspersonen – und Erwachsenenbildner? In der Öffentlichkeit werden sie kaum wahrgenommen, in der einschlägigen Literatur nicht selten unter Dilettantismus-Verdacht gestellt ... Es fordert die Fantasie heraus, sich einen politischen Erwachsenenbildner als Roman-Helden, Spielfilm-Protagonisten oder Identifikationspunkt kindlicher Berufswünsche vorzustellen“ (Scheidig 2013, S. 10).

So weit muss es nicht kommen, aber erheblich mehr Beachtung als bisher hat sie verdient, die politische Erwachsenenbildung – und angesichts rapider gesellschaftlicher Veränderungen und tief gehender Verwerfungen ist sie wichtiger denn je.

2 Die zentralen Begriffe

In der politischen Bildung geht es – das mag kaum verwundern, aber es muss doch immer wieder betont werden – um Politik und um Bildung. Das ist die inhaltliche und normative Grundlage, auf die sich die Arbeit stützt. Daher sollen zunächst diese Begriffe geklärt werden, um von hiervon ausgehend zu einer Beschreibung des Feldes „politische Bildung“ zu gelangen.

2.1 Politik – mehrere Traditionen und Definitionen

Es liegt nahe, sich bei der Definition des Politikbegriffs Vergewisserung zu holen bei der Wissenschaft, die ihn zum namensgebenden Leitbegriff gemacht hat – der Politikwissenschaft. In ihr geht es um zweierlei: um das, was ist, und das, was sein soll. So stellt Zeuner fest: Die Verwendung des Begriffs Politik in der Umgangssprache, im öffentlichen politischen Diskurs und in der Politikwissenschaft enthält stets die Doppelbedeutung des Normativen und des Faktischen. ... Es geht fast immer zugleich um das, was ist (und ob es ist), und um das, was sein soll und warum (Zeuner 1999, S.178).

Politische Programme, Ideen und Ziele sind zwar normativ begründet, aber ob und inwieweit sie sich in einer Gesellschaft durchsetzen, hängt auch „ab von realen Chancen und Möglichkeiten“ (ebd.). Wo diese Chancen und Möglichkeiten liegen und wer sie ergreift, ist damit nicht festgeschrieben. Es gibt drei Traditionen, die in Deutschland dem Politikbegriff zugrunde liegen (nach Zeuner 1999, S.179):

- Die griechische Tradition, der zufolge es bei der Politik um die Herstellung einer „guten Ordnung“ gehen soll.
- Die Tradition Machiavellis, der zufolge Politik ausschließlich Machterwerb, Machterhalt und Staatsräson bedeutet.
- Die Tradition der Aufklärung, nach der der Politikbegriff mit der Erwartung der Veränderung oder gar Umwälzung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen verbunden wird.

Bei allen Unterschieden gibt es eine Gemeinsamkeit. Immer „ist ‚Politik‘ der Funktion nach die Herstellung gesellschaftlicher Entscheidungen ... für eine gesellschaftliche Einheit“ (Zeuner 1999, S.179). Politik unterscheidet sich somit z. B. von der Ökonomie oder dem Recht. Allerdings werden in der Gegenwart diese Unterschiede

und Grenzen vermischt, was zum einen zu einer Ausfransung von Politik und zum anderen zur Inbesitznahme von Politik führen kann.

Wie allein diese drei Traditionen des Politikbegriffs zeigen, ist das Verständnis von Politik nicht unumstritten. Im Gegenteil, es gibt zahlreiche Ansichten darüber, was Politik sein soll und wem bzw. was sie zu dienen hat. Klärung schaffen in diesem Kontext die der „Politik“ entsprechenden Schlüsselbegriffe:

- Konflikt(e),
- Interesse,
- Macht,
- Konsens,
- Herrschaft und
- Willensbildung (von Alemann 1994, S. 144).

Diese Kategorien bieten Möglichkeiten, beispielsweise in Bildungsveranstaltungen das „Politische“ aufzuspüren und zu begreifen. So kann u. a. danach gefragt werden:

- Welche Interessen sind im Spiel?
- Wie und mit welchen Mitteln setzen sie sich durch?
- Welche Interessen sind zwar vorhanden, sind aber nicht durchsetzungsfähig? Warum?
- Welche Regeln und Prozesse gibt es, um allgemeine Verbindlichkeiten herzustellen?
- Welche Formen und Wege sind vorhanden (oder denkbar), um eine Willensbildung wirksam herbeizuführen?
- Welche Hindernisse gibt es?

Definition

Polity, Policy und Politics

In der jüngeren Diskussion wird Politik als mehrdimensional strukturiert gesehen, und zwar mit dem Begriffstrio:

- Polity: „Politik hat nach dieser Auffassung erstens eine institutionelle Dimension, die durch Verfassung, Rechtsordnung und Tradition festgelegt ist.“
- Policy: „Politik hat zweitens eine normative, inhaltliche Dimension, die auf Ziele, Aufgaben und Gegenstände von Politik verweist.“
- Politics: „Politik hat drittens eine prozessuale Dimension, die auf die Vermittlung von Interesse durch Konflikt und Dimension abstellt“ (von Alemann 1994, S. 142 f.).

Politik hat also mehrere Dimensionen und Handlungsfelder. Sie findet nicht nur in den dafür vorgesehenen Institutionen und durch die traditionellen Organisationen statt. Der Einfluss von Wirtschaft und internationalen Verbänden wirkt sich auch auf die innerstaatliche Politik aus. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger suchen und finden neue, nicht etablierte Partizipationsfelder. „Politikverdrossenheit und Miss-

trauen gegenüber Politikern kennzeichnen zunehmend die westlichen Demokratien“ (Saint Victor 2015, Klappentext). Damit wird Politik auch „entstaatlicht“. Sie ist mehr als das Handeln von Politikerinnen und Politikern in Regierungen, Parteien und Parlamenten. Deutlich macht das auch eine Definition des Politikwissenschaftlers Peter Massing: „Politik im engeren Sinne meint die Gesamtheit der Aktivitäten, die zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und die ganze Gesellschaft betreffender Entscheidungen erforderlich sind“ (Massing 2013, S. 101).

Der Soziologe Ulrich Beck hat in seinem in den 80er-Jahren erschienenen spektakulären Buch „Die Risikogesellschaft“ von der „Entgrenzung“, „Entörtlichung“ und „Entmachtung“ von Politik geschrieben (vgl. Beck 1986, S. 311). Damit meint er, dass die „Trennung von Politik und Nichtpolitik brüchig wird“ (ebd.). Die Folge: „Das politisch-administrative System kann ... nicht länger einziger oder zentraler Ort des politischen Geschehens sein“ (ebd., S. 313). Der Politikwissenschaftler Michael Th. Greven pflichtete dieser Aussage bei: „Politik ist heute nicht mehr mit dem klassischen Staatsbegriff und seiner hoheitlichen Verwaltung gleichzusetzen oder engzuführen“ (Greven 1995, S. 263).

Es gibt in einer pluralisierten, individualisierten Gesellschaft und in einer globalen Welt viele Akteure, die politisch wirken: Neben dem klassischen Staat sind es unzählige Institutionen und Organisationen, die national, übernational und/oder international verfasst und tätig sind. Zudem verfügen zivilgesellschaftliche Non-Governmental Organizations (NGOs), auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) genannt, über eine wachsende Bedeutung. Diese sind von Bürgerinnen und Bürgern mit einem gleichen Interesse gegründet worden. Mittlerweile sind mächtige und einflussreiche Organisationen entstanden, wie

- *Human Rights Watch*, die sich für die Wahrung der Menschenrechte engagiert,
- *Oxfam*, die sich für eine gerechtere Welt ohne Armut einsetzt,
- *Greenpeace*, die auf Mensch und Umwelt achtet, oder
- *amnesty international*, die für ihren weltweiten Einsatz für politische Gefangene und die damit verbundene Kritik an autoritären Staaten bekannt ist.

Diese und die vielen anderen NGOs arbeiten am Gemeinwohl orientiert und sind nicht auf Profit ausgerichtet.¹ Sie verfügen über eine wachsende Attraktivität gerade für junge Menschen. Den Grund dafür gibt die folgende Einschätzung: „Eine der größten Sorgen moderner Demokratien ist die Entfremdung der Bürger von politischen Prozessen. In diesem Zusammenhang bildet die Zivilgesellschaft, wie andersorts auch, ein wichtiges Element des demokratischen Prozesses. Sie zeigt den Bürgern alternative Wege auf – neben denen politischer Parteien und Lobbys –, unterschiedliche Ansichten zu kanalisieren und eine Vielfalt von Interessen beim Entscheidungsprozess zu gewährleisten“ (Verhaltenskodex, S. 2).

1 Einen Überblick gibt es auf der Webseite der Hochschule Augsburg (<http://www.hs-augsburg.de/mebib/fidb/org/gesellschaftsverbaende.html>, aufgerufen am 30.1.2015).

Die Millionen Menschen weltweit, die sich in den NGOs und im Rahmen nationaler, regionaler oder lokaler Aktivitäten engagieren, setzen das um, was Beck in einem anderen Buch festhielt: Es „entsteht ... eine institutionenlose Renaissance des Politischen: Die Individuen kehren in die Gesellschaft zurück“ (Beck 1993, S.155).

Politik findet allenthalben statt: Die Art und Weise des Kaufens und Konsumierens, die Entscheidung für oder gegen Energieträger, die Gestaltung von Beziehungen, die Formen des Zusammenlebens, das Benutzen von Kommunikationsmitteln, das Mitmachen oder das Dagegenhalten, die Zustimmung oder der Widerspruch bei einer rassistischen Äußerung. Es gibt viele Wege, politisch zu handeln. Denn, so der Appell an alle in einem kämpferischen, populär gewordenem Buch mit der „Anleitung zum Widerstand“: „Es hängt ausschließlich von Ihnen ab, ob sich etwas verändert“ (Welzer 2013, S. 293). Man muss nur hinschauen, wo sich wirklich etwas tut, und man muss sich eine andere Perspektive angewöhnen: „Wir suchen das Politische am falschen Ort, mit den falschen Begriffen, in den falschen Etagen, auf den falschen Seiten der Tageszeitungen“ (Beck 1993, S.157). Die Gleichsetzung von Politik mit Staat ist – wie Beck bemerkte – „ein Kategorienfehler“ (ebd., S.155). Damit wird theoretisch unterfüttert, was in der politischen Erwachsenenbildung auch schon vorher diskutiert wurde, nämlich die Enge oder Weite des Politikbegriffs.

Wer auf die Geschichte der politischen Erwachsenenbildung zurückblickt, der stößt immer wieder auf **Fritz Borinski** und sein mittlerweile zum Klassiker gewordenes Buch „Der Weg zum Mitbürger“. In diesem 1954 erschienenen Band wird ein weiterer Politikbegriff explizit dargelegt. Beispielsweise heißt es da: „Mensch und Leben in ihrer Gesamtheit sind politisch und sozial“ (Borinski 1954, S. 74). Und: „Der Begriff des Politischen wird im Elementar-Menschlichen und Gesellschaftlichen verankert. Die politische Bildung sprengt ihre fachlich-intellektuellen Schranken und wird zum Gesamtunterricht, der den ganzen Menschen anspricht“ (ebd., S. 87).

Auch im Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“ (1960) wurde insofern ein weiteres Verständnis von politischer Bildung formuliert, weil sie „Antworten“ geben sollte „auf Lebensfragen, die jedem Menschen an seinem Ort gestellt sind“ (Deutscher Ausschuss 1961, S. 417).

Dieser weite Politikbegriff entspricht dem bereits zitierten Entgrenzungsbefund von Politik. Auch in der politischen Erwachsenenbildung ist schnell die Rede davon, dass „Politik auswandert“ (Heinen-Tenrich 1987). Dabei wurde auf eine „Pluralisierung der Politik und ... Subjektivierung des Politischen“ (ebd., S. 36) verwiesen. Die konzeptionelle Konsequenz: „Nicht mehr allein die Themen herkömmlicher Politik, in der die übergreifenden Strukturfragen im Vordergrund stehen und aus denen die politische Bildung bisher vorwiegend ihre Themen schöpfte, sondern Fragen der Lebensqualität, der individuellen Selbstverwirklichung, der Lebensgestaltung auch im Nahbereich, des sozialen Zusammenlebens und der sozialen Kompetenz und Sensibilität bestimmen immer stärker die Lernprozesse“ (ebd., S. 37).

Die Folge war eine mitunter vehement geführte Kontroverse über das „Selbstverständnis der politischen Erwachsenenbildung“ (Landesinstitut 1991, Körber 1994). Dabei verliefen die Linien der Auseinandersetzung u. a. entlang der Fragen nach

- der Rolle von Vernunft oder Gefühl als angemessene Mittel und Wege der Erkenntnisgewinnung,
- der Bedeutung der Politikwissenschaft als erste oder eine von mehreren Bezugswissenschaften,
- der Dimension des Politischen in einem engeren oder weiteren Verständnis und
- dem Stellenwert des Subjekts und der Subjektivität in der politischen Bildungsarbeit.

Vonseiten der Politikwissenschaft wurde eine rote Linie gezogen und gegen allzu weitgehende Entgrenzungsfantasien ins Stammbuch geschrieben: „Die Erkenntnis, dass *alles Politik* ist, führt in die Irre“ (von Beyme 1991, S. 343).

Mit der Verschiebung des Politikbegriffs vom Staat zur Gesellschaft, von den Organisationen zu den Individuen ist auch der besondere Stellenwert der Politikwissenschaft als Bezugsdisziplin für politische Bildung in Zweifel gezogen worden. Stattdessen sehen viele politische Bildnerinnen und Bildner die Erziehungs- und/oder Sozialwissenschaften als erste Bezugsdisziplin(en) (vgl. Hufer u. a. 2013, siehe Kap. 5).

Zur Reflexion

- Verschaffen Sie sich Klarheit darüber, welche Folgen die Entscheidung für dieses oder jenes Politikverständnis für die Planung und Durchführung von Bildungsangeboten hätte.
- Überlegen Sie sich je ein Beispiel für ein „enges“ und ein „weites“ politisches Thema und suchen Sie nach Formen und Wegen, es jeweils in einem Bildungsangebot zu platzieren.
- Diskutieren Sie grundsätzlich, ob und inwieweit der Entgrenzungsbefund der politischen Realität entspricht.
- Zählen Sie Themen auf, die trotz des Entgrenzungsbefunds keineswegs politisch sind.

2.2 Worum geht es bei „Bildung“?

Über den Bildungsbegriff lässt sich trefflich streiten – noch mehr als über den Politikbegriff. Schon ein Blick auf die vielfältigen Definitionen der Klassiker – Comenius, Rousseau, Kant, Lessing, Herder, Humboldt, Schiller, Goethe, Fichte, Hegel, Diesterweg oder Marx und Engels (siehe Schudoma 2013, S. 36–47, siehe auch Hastedt 2012) – zeigt, dass es unmöglich ist, hieraus für heute noch zuverlässige und möglicherweise auch gültige Referenzen zu finden.

Hinzu kommt eine pausenlose Veränderung und Vermehrung des Wissens und der Informationen, die mit ihrer enormen Schnelligkeit unsere „Wissensgesellschaft“ bzw. „Informationsgesellschaft“ charakterisieren. Bildung kann da Struktur und Orientierung geben. Aber es gibt keine konsensfähige und allgemein verbindliche Festlegung eines Curriculums oder Kanons mehr, mit welchen Kern, Inhalt und Ziele von Bildung heute festgeschrieben werden. Eine enzyklopädische Bildung, so wie sie in der bürgerlichen Zeit des 19. Jahrhunderts noch gesehen wurde, ist nicht mehr möglich (siehe Fuhrmann 1999). Jeder Versuch würde angesichts der Globalisierung, der weltweiten Massenkultur und der Dynamik durch immer neue Kommunikationstechnologien scheitern.

Es stellt sich also die Frage, wie dieser Zentralbegriff der politischen Bildung so erfasst werden kann, dass er nicht beliebig, allgemein und vor allem an einem hoffnungslos der Überalterung anheimgegebenen Kanon gebunden ist.

Es ist daher jetzt Zeit, einmal ein weltbekanntes Zitat einzubringen, nämlich **Immanuel Kants** Definition von Aufklärung: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung“ (Immanuel Kant).

Mit der Aufklärung wurde die Selbstbefreiung der Menschen aus seiner Unmündigkeit postuliert. Kants Aussage aus dem Jahr 1784 überragt die Zeiten. Ihr zufolge bedeutet Aufklärung stets Selbstaufklärung, es gibt keine vorgegebene Richtschnur einer „Aufklärung“. Kant fordert, den Mut aufzubringen, sich seines eigenen (!) Verstandes zu bedienen (Kant 1975, S. 162).

Daraus wurde im weiteren Verlauf der Bildungsgeschichte ein Bildungsverständnis abgeleitet, das nach wie vor immer wieder zitiert wird und zahlreichen Erklärungen und Expertisen zugrunde liegt. Es gibt in der Bundesrepublik wohl kaum eine Bildungsinstitution, die sich nicht auf Kant beruft. Gerade für die politische Bildung hat Kants Postulat eine besondere Bedeutung, denn aus seiner Vorgabe gibt es substantielle Folgerungen:

1. Bildung ist Befreiung.
2. Diese Befreiung kommt nicht von außen, sondern von den Individuen selbst.
3. Prämisse und Ziel ist Mündigkeit.
4. Das, was Mündigkeit verhindert – die Unmündigkeit –, ist von Menschen verursacht worden.
5. Der Verstand ist Mittel und Weg, um Unmündigkeit zu überwinden.
6. Es bedarf des Mutes, sich ohne fremde Vorgaben auf den eigenen Verstand zu beziehen.